

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatthaus.

Einzelhefte: 10 Pf. — 12 Hefte: 1.00 — 12 Hefte: 1.00 — 12 Hefte: 1.00

Postbestellung: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Vertrieb:

Tagblatthaus, Nr. 7406-12.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Postbestellung: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 4.80 monatlich, M. 14.40 vierteljährlich, ohne Porto; durch die Post bezogen: M. 6.— monatlich, M. 18.— vierteljährlich, mit Porto. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Verleger keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entrichteten Entgelts.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 9, Holzstraße 18, Fernsprecher: Amt Zentrum 11435-11437.

Donnerstag, 13. Oktober 1921.

Abend-Ausgabe.

Nr. 466. • 69. Jahrgang.

Das Schicksal Oberschlesiens.

Bitterer Ernst!

Niemand kennt genau die Entscheidung über Oberschlesien, die in Genf getroffen worden ist. Sie ist auch den deutschen amtlichen Stellen in ihren Einzelheiten noch unbekannt. Wahrscheinlich werden auch noch Tage vergehen, bis die amtliche Mitteilung über das endgültige Ergebnis nach Berlin kommt. Erst müssen ja die obersten Machthaber der Welt formell in Kenntnis gesetzt werden und ihre Zustimmung gegeben haben, ehe der Genfer Spruch verkündet werden kann. Aber trotz aller eifrigen Wahrung des Geheimnisses ist doch so viel durchgedrungen, daß leider in Deutschland kein Zweifel mehr möglich ist: die Entscheidung wird die herbe Enttäuschung bedeuten, die das so vielfach enttäuschte deutsche Volk seit seinem militärischen Zusammenbruch durchlebt hat. Welche von den zahlreichen, in den letzten Tagen angekündigten Lösungen auch richtig sein mag: keine entspricht den billigen Erwartungen, die man in Deutschland auf Grund der Annahme des feindlichen Ultimatums und der bis zur Ermüdung wiederholten Versicherungen von fair play und Gerechtigkeit gesetzt hat.

Damit steht das deutsche Volk und die deutsche Politik vor einer ganz neuen Lage. Was immer schon vorher gesagt wurde, daß Deutschland ohne Oberschlesien die schweren Verpflichtungen, die es nach dem Völkerbundspruch der Entente unterzeichnen mußte, nicht werde erfüllen können, das wird jetzt Wirklichkeit. Die französische Presse möchte nicht daran glauben; sie deutet die Ankündigung der Unmöglichkeit des Ultimatums als leere Drohung und letzten Beeinflussungsversuch Deutschlands aus. Aber jeder Kenner der deutschen Wirtschaftsverhältnisse und der deutschen Finanzlage weiß, daß es bitterer Ernst und tatsächliche Unmöglichkeit ist, die ungeheuren Lasten auszubringen, wenn ein so wichtiges Wirtschaftsgebiet, wie Oberschlesien, dabei nicht voll in Anspruch gebracht werden kann. Darüber ist man sich im Reichskabinett vollkommen klar. Die schwere Frage ist nur die, ob das Reichskabinett sofort seine Demission geben oder erst die amtlichen Nachrichten abwarten soll. Es ist nicht zu verkennen, daß ein sofortiger Rücktritt seine Vorteile hätte. Die Entente ist stets geneigt, bei deutschen Protesten an „camouflage“ zu glauben. Der Irrglaube wäre ihr sofort zum Bewußtsein gekommen, wenn schon jetzt Herr Wirth dem Reichspräsidenten sein Kabinett zur Verfügung gestellt hätte. Wenn, was wahrscheinlich zu sein scheint, das Reichskabinett diese Entscheidung noch hinausgeschoben hat, so wäre es doch ein verhängnisvoller Irrtum, nicht an den furchtbaren Ernst der bevorstehenden Tage glauben zu wollen. Herr Wirth hat mehr als einmal betont, daß eine ungünstige Entscheidung in Oberschlesien einen Stoß in das Herz der friedlichen deutschen Demokratie bedeuten würde. Deutschland hat das Ultimatum angenommen, weil Herr Lloyd George sich mit seiner ganzen Autorität für ein fair play einsetzte. Müht man jetzt zu dem Versailler Vertrag noch die Entscheidung von Genf, so ist es äußerst fraglich, ob das die Spannkraft des deutschen Volkes noch aushalten wird. Besonders kommt die niederschmetternde Wirkung der Genfer Entscheidung auf die deutschen Parteien in Oberschlesien hinzu. Einmütig fordern diese Parteien den Rücktritt des Kabinetts und die Zurückziehung ihrer Mitglieder aus der Reichsregierung. Dabei ist zu beachten, daß die jetzigen Regierungsparteien in Oberschlesien weitaus in der Mehrheit sind. Dennoch besteht bei ihnen keinerlei Meinungsverschiedenheit über das, was jetzt zu tun ist. Selbst die Sozialdemokratische Partei Oberschlesiens richtet an den Parteivorstand das dringende Ersuchen, die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung zu beauftragen, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der ober-schlesischen Frage ihre Ämter im Reichskabinett niederzulegen und zu erklären, daß die Sozialdemokratische Partei als die Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung die Verantwortung für die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung nicht zu tragen vermag. Das Zentrum, dem ja der Reichskanzler angehört, verlangt sogar den sofortigen Rücktritt des Kabinetts.

Diese Stimmungszeichen sollten der Welt klar werden lassen, daß es diesmal furchtbarester Ernst ist. Wenn man jetzt auch sagen muß, daß noch den letzten Hoffnungsstrahlen zu nützen, daß die Dinge nicht überreift werden sollen, so verlangt das aber im Interesse der Klärung die ergänzende Feststellung: keine verantwortungsbewußte Regierung kann eine Entscheidung hinnehmen wie sie jetzt von Genf aus angekündigt wird.

Der Reichskanzler über das Unrecht der Teilung.

Dz. Berlin, 13. Okt. In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts gab der Reichskanzler seinen Ausdruck darüber, daß der Völkerbundsrat in Genf, so weit es sich aus bisher nicht widerprochenen Nachrichten entnehmen lasse, über das ober-schlesische Gebiet in einer Weise verfuhr, welche weder der durch die Abstimmung klar zutage getretenen Willensstimmung der ober-schlesischen Bevölkerung, noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entsprechen würde. Treffe diese Nachricht zu und fällt der Oberste Rat eine so geartete Entscheidung, so würden deutsche Städte mit allem, was in ihnen an Arbeitswerten und Kulturgütern von deutschem Fleiß und deutschem Geiste geschaffen worden sei, vom Reiche getrennt und unter Fremdherrschaft gestellt werden. Diese Vorstellung würde nicht nur von der Mehrheit der ober-schlesischen Bevölkerung, sondern auch von dem gesamten deutschen Volke als eine Vergewaltigung und ein bitteres Unrecht empfunden werden. Nicht friedliche Entwicklung, sondern unablässige Feindseligkeiten und Zwistigkeiten würden die Folgen sein. Dem deutschen Wirtschaftskörper würde eine unheilvolle Wunde geschlagen werden. Der Reichskanzler erklärte zusammenfassend: Falls die Entscheidung so fällt, wie es zu befürchten ist, ist eine neue Lage geschaffen, welche die Voraussetzungen anscheinend beeinträchtigt wird, unter denen die gegenwärtige Regierung die Reichsgeschäfte übernimmt und geführt hat. Eine abschließende Erklärung wird das Kabinett erst dann treffen, wenn der Spruch des Obersten Rates amtlich vorliegt. Der Reichskanzler stellte dies als die einmütige Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

Berliner Pressestimmen.

Br. Berlin, 13. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Einmütig erheben sämtliche Blätter scharfen Protest gegen die in Genf gefällte Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Oberschlesien bildet politisch und wirtschaftlich eine unantastbare Einheit, und es ist ein Verbrechen an der deutschen wie an der polnischen Bevölkerung des Abstimmeungsgebietes, diese im Laufe der Geschichte immer zusammengebliebenen Gebiete zu zerschneiden. Bleibt es dabei, daß der Oberste Rat die bisher feststehende Aufteilung Oberschlesiens anerkennt, so ist die gesamte Grundlage gebrochen, auf der die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands aufgebaut ist. Die Entscheidung über Oberschlesien reicht nicht nur das gesamte Kabinett Wirth in den Abgrund, auch die Bildung einer neuen Regierung, deren Zusammensetzung im einzelnen man sich denken kann, wie man will, wird so gut wie illusorisch. Die „Völkische Zeitung“ nennt die Entscheidung über Oberschlesien eine grobe Enttäuschung für das deutsche Volk und eine schwere Schädigung sowohl für Europa wie auch für die Weltwirtschaft. Die Ansprüche für den Wiederaufbau seien auf ernste Gefahr: die Hoffnung auf eine Konsolidierung der politischen Verhältnisse sei auf tiefste erschüttert. Die Zerschneidung Oberschlesiens vollende den Weg der Zerstörung und Zerrüttung, der den Frieden zu einer Fortsetzung des Krieges mache. In der ganzen Welt herrsche jetzt nur eine Stimme über die Aufrichtigkeit des deutschen Volkswillens zu Leistungen. Wenn jetzt über Oberschlesien in einer Weise entschieden werde, die sowohl der wirtschaftlichen Lage als auch der Gerechtigkeit den Völkern spreche, so würde der Protest, den Deutschland gegen ein solches Urteil erhebe, gerade deshalb besonders schwer in die Waagschale fallen, weil irgendwie an der deutschen Ehrlichkeit zu zweifeln nicht erlaubt sei.

Der „Vorwärts“ sagt: Wir Deutschen dürfen keinen Zweifel darüber lassen, daß der Friedensvertrag mit dem Völkerbundsrat des Völkerbundes nicht erfüllt ist. Der wirtschaftliche Zusammenhang und die starke Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung sind nicht genügend berücksichtigt worden. Eine Reihe von unerhörten Unrechten geschieht uns, und es trifft ein wehrloses Volk.

Aber die größte Nachmittags-Sitzung des Reichskabinetts weiß das „Berliner Tageblatt“ noch zu berichten, daß, sollte es zu einem Rücktritt der Reichsregierung kommen, nach einmütiger Ansicht der Kabinettsmitglieder Dr. Wirth vielleicht mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt werden könnte. Eine neue Kabinettsbildung ist bisher nicht anberaumt worden. Dagegen nehmen die Blätter an, daß der Reichstag auf Veranlassung der Reichsregierung schon für Ende nächster Woche einberufen werden wird, um die Frage des Rücktritts des Kabinetts zu unterbreiten.

Weitere Proteste.

Dz. Breslau, 13. Okt. Die ober-schlesische Deutsche Volkspartei richtete an den Reichskanzler folgendes Telegramm: Die Deutsche Volkspartei hat bereits innerhalb des deutschen Ausschusses für Oberschlesien ihre Stellungnahme zur ober-schlesischen Entscheidung bekanntgegeben. Sie bringt nochmals zum Ausdruck, daß sie jede Annahme des Reichskanzlers zur Erhaltung eines ungeteilten Oberschlesiens bei Deutschland unterläßt.

An den Parteivorstand Dr. Stresemann richtete die Deutsche Volkspartei in Oberschlesien folgendes Telegramm: Die Deutsche Volkspartei Oberschlesiens erwartet in letzter Stunde nochmals die volle Einsetzung für eine ungeteilte Erhaltung Oberschlesiens beim Vaterlande. Die drohende Teilung ist ein Verbrechen an deutschem Volke und ein Unrecht. Eine Zusammenarbeit mit einer Regierung, die diese Zerschneidung über sich ergehen lasse, sei unmöglich.

Br. Berlin, 13. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Freie Angestelltenbund, der Gewerkschaftsbund der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Beamtenbund, rund-

30 Millionen deutscher Staatsangehöriger umfassend, haben an den Völkerbundsrat, Lord George und Briand ein Telegramm gerichtet, in dem gegen die Entscheidung in Genf protestiert und darauf hingewiesen wird, daß jede Abtrennung wichtiger Wirtschaftsgebiete von Deutschland die Durchführung des Reparationsprogramms des Kabinetts Wirth unmöglich macht und zugleich eine Verleumdung des deutschen Volkes bedeutet.

Die Grenzlinien.

Dz. Paris, 12. Okt. Der Genfer Korrespondent des „Temps“ teilt mit: Die Grenzlinie in Oberschlesien, die der Völkerbundsrat vorzuschlagen beabsichtigt, scheint jetzt wie folgt zu verlaufen:

1. Polen erhält die beiden südlichen Kreise Biele (insgesamt) und Rybnik (zum größeren Teil).
2. Das Industriegebiet wird unter die beiden Länder geteilt. Deutschland erhält die westlichen Kreise des Beckens Gleiwitz und Hindenburg (Zabrze), sowie Beuthen-Stadt. Polen erhält die Kreise Königshütte, Beuthen-Land, Rattowitz-Stadt und Rattowitz-Land.
3. Die beiden im Osten von Oberschlesien gelegenen Kreise Tarnowitz und Lublitz werden in ihrem Ostteil Polen, in ihrem westlichen Teil Deutschland zugesprochen.
4. Deutschland behält die anderen ober-schlesischen Kreise im Norden, Westen und im Zentrum, also Kolenberg, Kreuzburg, Oppeln, Großstrehlitz, Loß, Koiel, Oberalagau, Neobis und Ratibor.

Die Schwierigkeiten des „wirtschaftlichen Regimes“.

Dz. Paris, 13. Okt. Was das für Oberschlesien vom Völkerbundsrat in Aussicht genommene wirtschaftliche Regime betrifft, glaubt der Genfer Korrespondent des „Temps“ zu wissen, daß die Frage große Schwierigkeiten bereite, die in den letzten Tagen der Völkerbundsrat stark beschäftigt hätte. Man dürfe jedoch sagen, daß diese Kommission die Aufgabe haben würde, den Verleuten, die Reparationsleistungen und die anderen ähnlichen Fragen wirtschaftlicher und technischer Art zu regeln. Die Kommission, die wahrheitsgemäß nur drei Personen umfassen würde, würde ihre Tätigkeit zehn Jahre lang ausüben. Dieser Zeitraum würde indessen abgekürzt werden können, wenn beide Parteien einig seien, oder auch verlängert, wenn die Notwendigkeit dazu sich herausstellte.

Noch nicht das letzte Wort gesprochen. — Eine neue Sitzung des Obersten Rates?

D. Paris, 13. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Briand hat gestern in später Abendstunde in den Wandelgängen der Kammer verlaute, es bestehe die Möglichkeit, daß nunmehr den Entente-Kabinetten der amtliche Wortlaut der Genfer Entscheidung mitgeteilt werde und gleichzeitig eine neue Sitzung des Obersten Rates einberufen wäre, in der die Entente-Regierungen erklärt würden, ihre Vertreter für eine neue Konferenz zu bestimmen. Briand hat durchblicken lassen, daß der Einberufung einer solchen Konferenz, und zwar auf den Wunsch Lord Georges hin, nichts mehr im Wege stünde. Viele Konferenzen hätte die Aufgabe, die Entscheidung, die der Völkerbundsrat als die Lösung des ober-schlesischen Problems entsprechend dem Auftrag der letzten Pariser Konferenz empfiehlt, zur Kenntnis zu nehmen und gemeinsam die Bestimmungen des Versailler Vertrages als verbindliche Inkans für die Entscheidung der ober-schlesischen Frage das Endurteil abzugeben. Man sieht also vor der Möglichkeit, daß die Genfer Entscheidung nicht das letzte Wort bedeutet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Demarchen, die die Reichsregierung gleichzeitig in London und Paris durch ihre Botschafter hat unternehmen lassen, auf diese Erklärung Briands bestimmend eingewirkt haben. Es ist durchaus möglich, daß die Einberufung einer neuen Entente-Konferenz von der jetzt nach diesen Demarchen geistert wird, das Ergebnis eines Meinungsaustausches zwischen Lord George und Briand bildet und insofern werden die Bemühungen des Außenministers Dr. Kelen von nicht zu unterschätzendem Erfolg sein, denn in den letzten Tagen konnte immer darauf hingewiesen werden, daß Briand sich darauf Lehndanken wolle, nach Entgegennahme des Berichtes des Völkerbundsrates die Entscheidung sowohl in Berlin und Warschau als auch in London und bei den übrigen Entente-Regierungen als amtlich, als endgültig und verbindlich mitzuteilen. Es fragt sich nur, wie weit der englische Einfluss und besonders der persönliche Einfluss von Lord George auf dieser neuen Entente-Konferenz durchdringen würde, um die unabsehbaren Folgen des Genfer Rechtsbruches von der Geltung der politischen Zukunft Europas abzuwenden.

Beunruhigung in London?

Dz. Paris, 12. Okt. Der Londoner Korrespondent des „Temps“ berichtet seinem Blatt, die Veröffentlichungen des Berichtes des Völkerbundsrates, der die Teilung Oberschlesiens vorschlägt, werde, rufe in London große Unruhe hervor. Man wolle den Rückwirkungen, die diese Entscheidung in Deutschland hervorgerufen werde, und insbesondere dem Sturz des Kabinetts Wirth große Bedeutung bei, aber man spreche nicht von der Wirkung, die in Polen hervorgeufen werde.

Der „Matin“ droht mit dem Bann der „Vereinigung der zivilisierten Völker“.

Dz. Paris, 13. Okt. Der „Matin“ erklärt, daß die Entscheidung des Obersten Rates sowohl über den Grenzverlauf als auch über die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Solidarität Schlesiens gemäß dem Vertrag und mit Gerechtigkeit und großer Voraussicht getroffen sei. Wenn Deutschland sich gewaltsam der getroffenen Entscheidung widersetze oder wenn es eine politische Krise hervorrufe, werde es sich schwerer Folgen verantwortungsvoll machen. Eine solche Revolte Deutschlands werde nur dazu dienen, daß die „Vereinigung der zivilisierten Völker“ über Deutschland in gewisser Hinsicht den Bann auszusprechen würde. Es werde allein zu leiden haben, denn niemals seien die Alliierten einiger gewesen als in dieser Frage. Deutschland könne, wenn es sich in die Arme der Reaktionen werfe, in wenigen Tagen das Ansehen verlieren, das es sich bei der Welt in den letzten Wochen verschafft habe, die seit der Unterzeichnung des Ultimatus verflochten seien.

Die Begründung der Entscheidung.

Dz. Genf, 12. Okt. Das Völkerverbundsekretariat gab gestern abend folgende amtliche Mitteilung heraus, in der die für die Lösung der oberösterreichischen Frage maßgebenden Gesichtspunkte dargelegt werden, allerdings ohne daß über die Lösung selbst Mitteilung gemacht wird. Der Völkerverbundsrat hat seine Arbeiten über die Festlegung der Grenze in Oberösterreich beendet. Ein Kurier, der heute abend nach Paris abgeht, wird Herrn Briand, dem amtierenden Präsidenten des Obersten Rates, die Antwort des Völkerverbundes auf die Einladung überbringen, die er am 13. August an den Rat richtete mit dem Ersuchen, dem Obersten Rat bei der Lösung des oberösterreichischen Problems Beistand zu leisten. Bei der Prüfung dieses Problems mußte auf Grund der Bestimmungen des Vertrages der Völkerverbundsrat sowohl die in der Abstimmung zum Ausdruck gekommenen Wünsche der Bevölkerung wie auch die geographische Lage des Landes in Betracht ziehen. Die erste Schwierigkeit ergab sich daraus, daß die Bewohner, die für Deutschland gestimmt hatten, und die Bewohner, die für Polen ihre Stimmen abgaben, eng miteinander lebten, und zwar in einem Verhältnis, das zwar nicht immer das gleiche, aber in den dichten Bevölkerungsgebieten stets sehr beträchtlich ist, und zwar sowohl unter wirtschaftlichen als auch unter geographischen Gesichtspunkten.

Eine Grenze ist unentbehrlich, welche Bewohner, die für Deutschland gestimmt haben, Polen zugewiesen hat, so daß dem Rat kein anderer Ausweg geblieben sei, als diesen Fehler dadurch zu verringern, daß er die Grenze so sehr wie möglich dem Abstimmungsergebnis anpaßte. Eine detaillierte Grenze hätte jedoch Gebiete zerstückelt, die industriell eng voneinander abhängen. Die Aufstellung einer neuen Grenze in einem Gebiet, das sich wirtschaftlich unter denselben Gesichtspunkten und in denselben Bedingungen entwickelt hatte, müßte auf beiden Seiten der Grenze die verhängnisvollen Folgen haben; das wäre auch hier der Fall gewesen, wenn die Grenze die Errichtung einer neuen Zollbarriere, die Auflösung der öffentlichen Betriebe, wie der Bergwerke, den Umlauf deutschen Geldes, das Inkrafttreten einer neuen bürgerlichen und industriellen Gesetzgebung mit sich gebracht hätte. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten können unmöglich nur durch leichte Abänderung einer einzelnen, auf Grund der Volksabstimmung erlangten Grenze behoben werden. So gibt es Gebiete, in denen die Abstimmung der einen oder anderen Nationalität ein zweifelloses, wenn auch nicht überragendes Übergewicht gestiftet hätte. Selbst wenn man nur diese Gebiete nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht auf Grund der Volksabstimmung geteilt hätte, würde die Grenze auf engste miteinander verknüpfte wirtschaftliche Gruppen zerstückelt haben. Der Rat sah sich daher folgender Lage gegenüber: Eine Grenzlinie, die nicht das Industriegebiet zerstückelte, würde die Hoffnungen und Wünsche von nicht etwa kleinen Mehrheiten in unwichtigen Gebieten, sondern von entscheidenden Mehrheiten in sehr wichtigen Gebieten vernichtet haben. Tatsächlich hat nun aber die Volksabstimmung diese Hoffnungen und Wünsche nicht nur ausgelassen, sondern auch ermutigt. Das waren die dem Problem innewohnenden Schwierigkeiten. Lang während den Verhandlungen, die sich mehr als 2 Jahre nach dem Friedensschluß hinzogen und eine große Bevölkerung in angstvoller Ungewissheit über ihr politisches Schicksal ließen, hatten diese Schwierigkeiten noch beträchtlich vermehrt. Zur Prüfung des Problems beauftragte der Rat zunächst einen Ausschuss, der sich aus vier Ratsmitgliedern zusammensetzte, und zwar aus den Vertretern Belgiens, Chinas und Spaniens. Seine Arbeiten überzeugten den Ausschuss davon, daß die Frage nicht dadurch gelöst werden könne, indem man einfach eine Grenzlinie aufstellte, entweder ausschließlich auf Grund der Volksabstimmung oder auf Grund wirtschaftlicher Überlegungen, oder infolge eines Ausgleichs zwischen beiden Methoden. Hätte man ohne eine andere Bestimmung die Grenze nach diesen Methoden aufgestellt, so wäre man zu den verhängnisvollen Entscheidungen gelangt. Infolgedessen beschloß der Völkerverbundsrat nach gründlichem Studium, eine neue Grenze zu empfehlen und vorzuschlagen, daß während einer bestimmten Periode Garantien gegen jede Vernichtung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen geboten werden, wobei diese Periode lange genug währen müsse, um eine vollständige und wirksame wirtschaftliche Anpassung zu ermöglichen.

Allgemein anerkannte Sachverständige und Fachleute wurden damit beauftragt, die gleichfalls notwendigen wirtschaftlichen Bestimmungen zu studieren. Die betreffenden Personen gehören den technischen Organisationen des Völkerverbundes an und unterliegen keinerlei Einflüssen, obwohl was ihre Nationalität als auch die Politik der Behörden betrifft, von denen sie ernannt wurden. Sie wurden von den Völkerverbundsratsmitgliedern aufgefordert, die allgemeinen Maßnahmen zu unternehmen, welche die Fortführung des Wirtschaftslebens in Oberösterreich sichern und die Schwierigkeiten der Übergangsperiode auf ein Mindestmaß beschränken könnten. Die Projekte, in denen die betreffen-

den wirtschaftlichen Bestimmungen vorgeschlagen werden, sehen für verschiedene lange Perioden, in gewissen Fällen bis zu 15 Jahren, eine Reihe von Vereinbarungen vor. Diese Vereinbarungen beziehen sich auf eine unparteiliche und gerechte Regelung der Eisenbahnfrage, der Wasser- und Elektrizitätsversorgung, der Zollfreiheiten für zahlreiche Erzeugnisse, wie Kohle und Zink, der Beibehaltung der deutschen Währung als gesetzliches Zahlungsmittel in den an Polen abgetretenen Gebieten. Der Rat schlug gleichzeitig mit der Annahme dieser Projekte Garantien für die politischen Minderheiten vor, da er hierin eine wesentliche Ergänzung einer politischen Grenzführung erblickt. Nur auf diese Weise war es möglich, den politischen Wünschen der Einwohner die größte Befriedigung zu gewähren und ihnen gleichzeitig den Fortbestand des wirtschaftlichen Wohlergehens ihres Landes zu sichern.

Meinungsverschiedenheiten über die Art der Mitteilung

Dz. Paris, 12. Okt. Der „Petit Parisien“ schreibt, über die Prozedur, in welcher Weise diese Entscheidung von den Regierungen der Entente bestätigt und dann Deutschland und Polen mitgeteilt werde, sei gestern abend noch nichts bekannt gewesen. Das Blatt bestätigt, daß darüber eine Meinungsverschiedenheit zwischen Paris und London bestehe. Die französische Regierung hätte schon am 6. Oktober in London bekanntgegeben, daß nach ihrer Ansicht ein Zusammentritt des Obersten Rates unmöglich sei und daß es das einfachste wäre, die politische Konferenz damit zu beauftragen, der Lösung von Genf Geheißkraft zu geben. In London erklärte man, ehe man sich über die Prozedur ausspreche, müsse man erst Kenntnis von der Lösung haben und sich versichern, ob sie nicht gegen die Stipulationen des Friedensvertrages von Versailles sei. Das Blatt fügt hinzu, englischerseits müsse man sich Rechenschaft geben, daß eine übertriebene Hartnäckigkeit von neuem den unangenehmen Gerüchten Nahrung geben werde, die in den letzten Tagen gegen die englische Regierung in Umlauf gesetzt worden seien. Diese Gerüchte seien um so unangenehmer, als sie der deutschen Erregung neue Nahrung zuführen könnten.

Das Wiesbadener Abkommen.

Dz. Paris, 12. Okt. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Mainz, soll beim Abschluß des Wiesbadener Abkommens Minister Loucheur Minister Dr. Rathenau mitgeteilt haben, er wünsche, daß ein großer Teil der Aufträge der rheinischen Industrie anvertraut würden. Minister Rathenau habe geantwortet, daß er nach dieser Richtung mit dem französischen Minister einer Ansicht sei.

Die Umjahreuer.

Dz. Berlin, 12. Okt. Der Reparationsausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Bericht seines Unterausschusses über den Gesetzentwurf für eine Abänderung des Umjahreugesetzes vom 24. Dezember 1919. Es wurde ein Steuerfuß von 2½ Prozent vorgeschlagen. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte sich mit diesem Sak vorläufig unverbündelt einverstanden. Das Gesetz wurde mit 144 gegen 8 Stimmen, der Bericht des Unterausschusses im übrigen einstimmig angenommen.

Staatssekretär Knox f.

Dz. Paris, 12. Okt. Davos meldet aus Washington das Ableben des Staatssekretärs Knox infolge Lähmungsanfalls.

Philander Knox, der Urheber der bekannten, Ende April ds. Js. angenommenen Friedensresolution des Senats, nach welcher der Kriegszustand mit Deutschland als beendet erklärt wird, wurde am 6. Mai 1883 in Brownsville (Pennsylvania) geboren und war von Beruf Rechtsanwalt. Zeitweilig war er auch als Staatsanwalt tätig. Seit 1877 jedoch war er ununterbrochen Mitglied der Rechtsanwaltsfirma Knox and Reed in Pittsburg. In den Kabinetten der Präsidenten Mac Kinley und Roosevelt war er von 1901—1904 Attorney-General. In den Senat trat er erstmals 1904 als Ergänzung ein; 1906 wurde er dorthin gewählt, trat aber 1909 zurück, als er im Kabinett des Präsidenten Taft als Staatssekretär die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm, die er bis 1913 beibehielt. Im Jahre 1916 wurde er erneut in den Senat gewählt.

Mac Kenna in New York.

Dz. New York, 12. Okt. (Havas.) Der Bankier und ehemalige englische Schatzsekretär Mac Kenna ist hier angekommen. Er ist von der britischen Regierung mit einer Finanzmission betraut worden. Mac Kenna erklärte, er werde mit verschiedenen antiken Persönlichkeiten bezüglich der Zinszahlung der von England an Amerika geliehenen Summe Besprechungen haben.

Schränken haben, daß man nur kleine Nachtragungen unternimmt und die sonstige Lehr- und Forschungstätigkeit ausbaut. Infolge der Entwertung des deutschen Geldes kann an große eigene Grabungen Deutschlands, wie sie vor dem Krieg durchgeführt wurden, zunächst nicht mehr gedacht werden. Doch bleibt das Institut eine vortreffliche Schule für junge Gelehrte, die es allerdings bei dem gegenwärtig in Griechenland für uns außerordentlich teuren Leben schwer haben werden; sie können sich aber durch Erteilen von Unterricht an der deutschen und an griechischen Schulen die Mittel zum Unterhalt erwerben. Das archäologische Institut und alle seine Mitglieder finden bei der griechischen Regierung volle Unterstützung; sie werden auch wieder wie vor dem Krieg bei den griechischen Ausgrabungen zugelassen und sogar beteiligt. Die reiche Bibliothek des Instituts wird von griechischen und fremden Archäologen benutzt, die Veröffentlichungen der verschiedenen Institute werden wieder ausgetauscht, und so knüpfen sich in Athen auf dem Gebiet der archäologischen Wissenschaften die durch den Krieg unterbrochenen Beziehungen der verschiedenen Nationen von neuem an.

Das neue Schlossmuseum in Koblenz. Auch Koblenz hat nun sein „Schlossmuseum“ erhalten, indem fünf Säle des historischen, im 18. Jahrhundert erbauten Residenzschlosses für einen Teil der städtischen Sammlungen eingeräumt wurden. In einem Rundgang durch das Museum schiedet Walter Cohen in der „Kunstchronik“ die sehr gelungene Anordnung in den prächtigen Räumen. Im sog. „Weißen Saal“ ist die Altertumsammlung aufgestellt, die die Sammlung von Fundstücken der vorrömischen, römischen und frühmittelalterlichen Zeit aus dem Kreis Koblenz umfaßt. In dem „Roten Damastsaal“ ist ein kleiner Teil der städtischen Gemäldesammlung untergebracht, meistens vortreffliche mittelalterliche Bildwerke, die mit einigen aus gewählten kunstgewerblichen Gegenständen verbunden sind. Den Hauptkammer des herrorragenden Rokokoalters Januarius Bild. Im benachbarten „Blauen Saal“ sind die reichen Silberbestände des 18. Jahrhunderts aus der alten Koblenzer Burggalerie zusammengestellt. Sie klingen sehr harmonisch mit der Umgebung zusammen, und dies ist auch der Fall in dem alten Empfangszimmer der Kaiserin Augusta, das in einer Reihe sehr bedeutende Staffeleibilder, des Januarius Bild enthält. Der letzte Raum, das ehemalige Schreibzimmer der Kaiserin, ist mit kunstgewerblichen Gegenständen geschmückt, die für die Entwicklung des Koblenzer Kunsthandwerks wichtig sind.

Birchows Nachlaß. Der Nachlaß Rudolf Birchows, dessen 100. Geburtstag die Persönlichkeit des genialen Gelehrten wieder in den Vordergrund der Beachtung rückt, be-

Preussischer Landtag.

Br. Berlin, 12. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Der preussische Landtag, dessen Sitzung für heute vormittag 11 Uhr anberaumt war, stand unter dem Eindruck der oberösterreichischen Entscheidung. Das gut besetzte Haus befand sich in großer Erregung. Lebhafteste Gruppen bildeten sich. Die Führer der Parteien verhandelten lange Zeit vor Eröffnung der Sitzung, die sich bis 12 Uhr hinauszog, mit dem Präsidenten Leinert. Auf der Tagesordnung stand als erster Gegenstand die große Anfrage der Sozialdemokratie über die Personalpolitik des Ministers des Innern und über das Vorgehen der Verwaltung des preussischen Statistisches Landesamtes gegen Angestellte, die eine schwarz-rot-goldene Färbung gebiethen. Zur Geschäftsordnung erhielt Aba. Herold (Ztr.) das Wort. Dieser beantragte mit Rücksicht auf die folgenreichere und schwerwiegendere Entscheidung, die über Oberösterreich gefällt werden soll, Vertagung. Dieser Antrag wird in der Abstimmung mit bürgerlichen Stimmen der bürgerlichen Partei gegen die drei sozialistischen Parteien angenommen. Die nächste Sitzung wird auf morgen 2 Uhr nachmittags festgelegt. Über die Tagesordnung entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf der preussische Minister des Innern Dominikus in Unterstützung eines Wunsches der Linken vorschlägt, die sozialdemokratische Anfrage über seine Personalpolitik, welche Präsident Leinert ablehnen wollte, doch an die erste Stelle der Tagesordnung zu setzen. Eine Abstimmung hierüber ergibt mit 154 gegen 118 Stimmen das Resultat, daß die Anfrage der Sozialdemokratie über Dominikus morgen nicht auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Die politischen Parteien des Saargebiets an den Völkerverbund.

Dz. Saarbrücken, 12. Okt. (Drahtbericht.) Die politischen Parteien, die die überwiegende Mehrheit der Saarbevölkerung umfassen, richteten an den Völkerverbund in Genf ein Telegramm, in dem sie erklären, der überwiegende Teil der Saargebietsbevölkerung erhebe aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nachdrücklich ihre Stimme gegen die weitere Einführung der Frankensprache. Sie wiesen in dem Telegramm die seitens dreier Gewerkschaftsmittelglieder aufgestellte Behauptung zurück, wonach diese den überwiegenden Teil des Saargebietes vertreten.

Angriffsabsichten der Ungarn.

Dz. Wien, 12. Okt. Die Abendblätter berichten nach den militärischen Stellen vorliegenden Nachrichten der letzten Tage, es erweise sich, daß die Ungarn eine größere Unternehmung gegen Wiener Neustadt planten. An der Ostgrenze des Burgenlandes, im südlichen Teil und am Neusiedler-See seien große Truppenmassen zusammengezogen worden, die heute bereits — nach vorläufiger Schätzung — 40 000 Mann betragen. Die Ungarn machten zwei Stokkolonnen marschfertig, von denen eine einen Angriff auf Wiener Neustadt unternähme, die anderen Truppen gegen den Semmering und von hier aus ebenfalls gegen Wiener Neustadt vorgehen sollten. Diese Kolonnen sollten sich, wie die Blätter weiter melden, in erster Linie der großen Munitionslager bemächtigen und die starken Arbeiterwehren am Steinfels mit einem Schlag beseitigen.

Die Abdankung des Königs Alexander von Serbien wird dementiert.

Dz. Paris, 12. Okt. Von der serbischen Gesandtschaft in Paris wird das Gerücht von der beabsichtigten Abdankung Königs Alexanders von Serbien zugunsten seines Bruders Georg in aller Form dementiert.

Die Vorbereitungen zur Abrüstungskonferenz.

Dz. Washington, 12. Okt. Die zur Abrüstungskonferenz bezeichneten amerikanischen Abgeordneten haben heute im Staatsdepartement ihre erste Sitzung abgehalten. Die Frage der Zulassung von Pressevertretern zu den Diskussionen der Konferenz wurde geprüft, und man will wissen, daß die Abgeordneten derselben geneigt seien. In Beantwortung eines Schreibens, in dem gebeten wird, alle Anstrengungen für die Weltabrüstung zu machen, erklärte Harding, daß die Weltabrüstung ein wichtiges Ziel sei, das durchgeleitet zu werden, und das sei auch nicht unwahrscheinlich, aber eine vernünftige Begrenzung der Rüstungen sei wünschenswert, und die herkömmliche Annahme der Hauptmächte, zu dieser Konferenz zu erscheinen, biete eine Sicherheit für diese Begrenzung.

Dz. London, 12. Okt. (Drahtbericht.) „Daily Telegraph“ berichtet, es sei jetzt fast sicher, daß Lord George an der Washingtoner Konferenz teilnehmen werde. Wenn kein unerwartetes Ereignis eintreffe, werde er wahrscheinlich am 5. November England verlassen und etwa sechs Wochen abwesend sein.

Aus Kunst und Leben.

„Karlsen“ am Vortage. Das Diktativ gilt auch für die Persönlichkeit, so weit körperliche Nähe zur Charakteristik benötigt werden. Ein kleiner schmaler Herr von noch sehr jugendlichem Aussehen erzählt unvermittelt und ohne die sonst übliche Vorstellung betterer Geschichten und frühester Entfaltungen, deren Pointenreichtum, einem Feuerwerk wichtiger Entfälle vergleichbar, so nachdrücklich auf den gelangten lauschenden Zuhörer prallt, daß kurze Pausen notwendig werden, um die Vortage des Erzählens zu lassen. Karl Göttinger, der „Alte Frankfurter“, in seiner Vaterstadt längst untreu geworden. In München hat er seine zweite Heimat gefunden. Als „Karlsen“ in der „Jugend“ hat er sich mit seinen in Poesie und Prosa geschriebenen geistvollen Schilderungen und Aufsätzen von stets aktueller Stofflichkeit weitesten Kreisen bekannt gemacht. Weniger Satiriker als der kürzlich verstorbene Ludwig Thoma, dem er im übrigen weisenswandig ist, atmet seine Geschichten die frische Laune des Dumas, der den schlichten Begreiflichkeiten des Alltags vergnügt die heitere Seite abzulassen versteht. Sein geistiger Vortrag im kleinen Kurhausaal war ausverkauft. Er ist sicherlich nicht der beste Interpret seiner Dichtungen, war anscheinend auch etwas indisponiert, aber wenn er „Die Geschichte vom Teufel und dem Münchener Mädel“, vom „Juden Tugendbühnen“, der edlen Gouvernante“, dem „Frachtkorb“ oder die verschiedenen „Karlsen-Aufsätze“ — übrigens fast ganz aus dem Gedächtnis — erzählt und dabei mit erstaunlichen wunderbaren Augen sein Publikum betrachtet, dann bleibt kein Auge trocken vor Heiterkeit. Gedrucktes und Ungedrucktes im Münchener und Frankfurter Dialekt kam in bunter Folge zu Gehör und fand bei den dankbaren Zuhörern verdienstvollen klaren Beifall.

Die Arbeit des deutschen archäologischen Instituts in Athen. Unter archäologisches Institut in Athen, das jetzt bereits fast 50 Jahre besteht und auf glänzende Leistungen zurückblickt, war während des Kriegs von der griechischen Regierung beschlagnahmt und als Fächerschule verwendet worden. Nach dem Frieden aber haben die Griechen das Gebäude dem Deutschen Reich zurückgegeben, obwohl sie es nach dem Berliner Vertrag hätten behalten oder wenigstens ein paar Millionen Mark dafür hätten verlangen können; sie taten dies wegen der großen Verdienste, die sich das Institut um Griechenland erworben habe. Das Institut ist daraufhin im Herbst 1920 wieder eröffnet worden, nahm seine Vorträge und Arbeiten wieder auf und knüpfte auch Beziehungen zu den Instituten der anderen Nationen an. Die künftigen Aufgaben des Instituts werden sich nach einem in der „Kunstchronik“ veröffentlichten Bericht Dörpfelds darauf zu be-

findet sich im Besitz der Berliner Literatur-Archiv-Gesellschaft, die bereits einen Schatz von mehr als 100 000 Briefen und etwa 2000 Handschriften ihr eigen nennt. Einen Überblick über diesen für jede Beschäftigung mit Griechisch so außerordentlich wichtigen Schatz gibt der Vortage der Literatur-Archiv-Gesellschaft Professor Heinrich Weisner in einem Aufsatz der „Preussischen Jahrbücher“. Da finden wir zunächst die Kollegienbeste des jungen Studenten in laubenden, zum Teil mit eigenen Bemerkungen versehenen Niederchriften. Die Ausarbeitungen der eigenen Vorlesungen Birchows sind nur zum Teil vorhanden; die aus der letzten Berliner Zeit letzten. Daneben ist ein ungeheures Material von Notizen, teilweise aufgeschrieben, das sich zum allergrößten Teil auf medizinische und naturwissenschaftliche Themen bezieht, aber auch auf interessante Dinge behandelt, wie die Gründung des Reichsgesundheitsamts, die Geschichte des roten Kreuzes und der Sanitätszüge von 1870 sowie mancherlei anderes Wissenswerte aus der Geschichte der Medizin. Zwei volle Kästen bergen die Aufzeichnungen für keine anthropologischen Studien mit einer ganzen Reihe von Zeichnungen und Photographien; ebenso reich sind die Ausgrabungen vertreten, die Birchow mit Schliemann unternahm, und die Untersuchungen der norddeutschen Hümngräber. Seinen regen Anteil an der Politik und am Kommunalwesen zeigen die darauf bezüglichen Sammlungen von Akten, Notizen und Drucken, besonders aus der Konfliktperiode der sechziger Jahre. Daneben weisen die zahlreichen Sonderdrucke und Zeitungsausschnitte über kirchliche und Schulfragen, über Studententum und Turnen, über die Anfänge der Frauenbewegung auf das ausgebreitete Interessengebiet dieses reichen Geistes hin. Von Briefen an Birchow sind mehrere tausend in dem Nachlaß erhalten. Die Literatur-Archiv-Gesellschaft hat zu dem Zweck eine Anzahl dieser Briefe herausgegeben, aus denen aber das reiche medizinisch-naturwissenschaftliche ausschließen ist. Die politische Tätigkeit Birchows spiegelt sich in vielen an ihn gerichteten Schreiben; so hat er einen regen Briefwechsel mit Eugen Richter geführt. Auch von Romanen finden sich charakteristische Briefe, so einer, in dem der große Philologe mit erstaunlicher Feinheit Birchows Anfrage beantwortet, ob die alten Römer beim Opfermahl nur Fische mit Schuppen essen durften. Sehr umfangreich ist die Korrespondenz mit Heinrich Schliemann, die Birchows Tätigkeit als Altertumsforscher beleuchtet.

Das Reichswirtschaftsmuseum (Institut für deutsche Volkswirtschaft) Leipzig verleiht seinen Wirtschaftsbericht über die Zeit vom 1. April 1920 bis 30. September 1921. Aus ihm ist zu ersehen, daß trotz der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten das Institut sich der Unterstützung weiterer Kreise zu erfreuen hat. Abgedruckt von den sehr wertvollen

Bekanntmachung.

Die öffentliche Verdingung der
Lieferung von Eisenstegen
für die Errichtung von Munitionsbaracken bei
Erbenheim an der Landstraße Nordstadt-Hochheim
findet Freitag, den 21. Oktober 1921, vormittags
10 Uhr, bei dem Reichsvermögensamt Wiesbaden,
Rheinbahnstraße 2, Zimmer Nr. 22, statt, wofür
auch die Verdingungsunterlagen zur Einsicht offen
liegen und soweit Vorrat reicht gegen eine Gebühr
von 5,00 Mark verabfolgt werden. F 167
Wiesbaden, den 11. Oktober 1921.
Reichsvermögensamt.

Gesangverein „Wiesbadener Männer-Club“.

Freitag, den 14. Oktober 1921, abends 8 Uhr
in der Aula des Lyzeums am Bosenplatz

Wohltätigkeits-Konzert

unter Mitwirkung von Einzelkräften.

Künstl. Leitung: Der Chorleiter des Vereins
Herr Kammermusiker J. Himmer.

Res. Platz 5.— Mk. Saalplatz 3.— Mk.

Der Ertrag ist für die Geschädigten der
Explosionskatastrophe in Oppau bestimmt.

**Karten-
Vorverkauf:**

In den Musikalienhandlungen
Schellenberg, Kirchgasse und
Ernst, Saalplatz Ecke Nero-
straße sowie am Saaleingang
eine Stunde vor Beginn.

**Am Freitag muß der Zyklus-
VORTRAG**

im Lyzeum I ausfallen, da die Aula
nicht mehr frei ist. Nächster Vortrag

Dienstag 8 Uhr

GIBT ES GEISTER?

Können sie erscheinen?

Eintritt frei. Pr. Reichen-Stadt.

**Deutsche
Friedensgesellschaft**

Ortsgruppe Wiesbaden.

Samstag, 15. Oktober, abends 8 Uhr, in der
Aula des Lyzeums I am Schloßplatz:

Öffentlicher Vortrag.

Professor Dr. Quidde, München:

**„Der Völkerbund
und Deutschlands Zukunft.“**

Eintritt frei! — Freie Aussprache.

GALERIE BANGER
LUISENSTRASSE 9

**GROSSE KUNST-
U. KUNSTGEWERBE-
SCHAU**

GEMÄLDE, GRAPHIK,
PLASTIK, KUNSTGEWERBE,
STILMÖBEL, ANTIQUITÄTEN

GEÖFFNET:

WERKTAGS 9-1, 3-7; SONNTAGS 11-1.

EINTRITT FREI. 975

PELZE!

Neuanfertigung, Umarbeiten.

Fachmann. erstklassige Arbeit. Schnellste Bedienung.

Jenny Matter

Neuburgstrasse 9. Telefon 895.

Roula u. Joka

Dem verehrten Publikum u. im be-
sonderen den Herren Hoteliers u. Restau-
rateurs zur höflichen Mitteilung, daß meine „Roula-
und Joka“-Tische jetzt im **Separaten Salon**
Webergasse 8, T. ausgestellt sind. Besichtigung
4-8 nachm. und 8-11 abends.

F. & E. PANKOW.

**Spangenberg'sches
Conservatorium für Musik**

Mitglied des Verbandes deutscher Conservatorien

Wilhelmstraße 16.

Gegründet 1888.

Unterrichtsfächer: Klavier, Orgel, Gesang, Violine, Cello, Laute,
Theorie, Komposition, sämtliche Orchester-Instrumente — von
den ersten Anfängen bis zur künstlerischen Reife. —
Seminar für Ausbildung von Musiklehrern.

Diplomprüfung nach den Satzungen des Verbandes deutscher
Conservatorien. Klassen für Fach-Schüler und Dilettanten.
Kurse für Ausländer.

Der Unterricht wird nur von conservatorisch gebildeten Lehrern
erteilt. Erste Lehrkräfte. Eintritt jederzeit. Sprechstunde des
Direktors 4-5½ Uhr.

Wiederbeginn: Montag, den 17. Oktober.

Die Direktion:

1030

Professor W. Fahr, Kammeränger.

**Stenographenverein
„Gabelberger“ E. V.**
Wiesbaden.



Vereinigung der Schüler-
Stenographen-Vereine
„Gabelberger“ Wiesbaden.

Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags 3½ Uhr
in Schierstein a. Rh., „Rheingauer Hof“

Herbst-Fest

mit anschließendem Tänzchen.

Der Festausschuß.

**Gold- u. Silbergegenstände
und Brillanten**

kauft zu hohen Preisen

Zimmermann

früher Weberg. 25. Nerostraße 18.
Telephon 3253.

!Ankauf! !Ankauf!

VON

Antiquitäten u. Kunstgegenständen jed. Art

wie auch eingelegte und geschliffene Möbelstücke,
echte Teppiche und Porzellane, wie auch Gold- und
Silberwaren. Offerten und Aufträge bitte an das
Münchener Gewerbehaus für alte und moderne Kunst
Kochbrunnenplatz 3, zu richten.

Brillanten, Perlen,

Gold- u. Silberfächer, Bestecke, Pokale, Aufzüge,
Service, goldene Uhren u. Ketten, Armbänder,
Platin u. Brennstifte, Pfandscheine kauft zu
hohen Preisen

Geizhals, Webergasse 14.

Nur kurze Zeit!

Weißkraut

fertig geschneitten, direkt zum Einmachen

Mk. 1.10 per Pfund

auch in ganzen Köpfen Pfd. Mk. 1.05.

Wiederverkäufer, Großabnehmer Vorzugspreis.

Sedanstr. 3. **W. Hohmann** Tel. 946.

Geschäftszeit 8-12 Uhr und 2-5½ Uhr. 981

Sicher wirkende Mittel

zur Vertilgung von 970

Ratten u. Mäusen

empfiehlt **Richard Seyb**, Rheinstr. 101.



la Bernsteinfußbodenlack

Qualität I 22.—

II 18.—

Fußbodenvorstreichfarbe

Ko. 14.— 910

la Bohnenwachs, gar.

reine Terpentinware,

1/2 Ko. 26.— 1/2 Ko. 14.—

1/2 Ko. 7.—

Streichfertige Ölfarben

in allen Tönen

zu bill. Fabrikpreisen.

Lackfarben und Kittfabrik

Aug. Roerig & Co.

Verkaufst. Marktstr. 6

Zöpfe

in größter

Auswahl.

Detle

6 Michelsberg 6.

Günstiges Angebot!

Unzindholz trocken,

geschnitten, Str. 13.20 A

Dachpappe, qm 4 Mk.

Güttler & Co., G. m. b. H.,

Philippbergstraße 33 u. 25,

Telephon 2352.

**ATLANTIC-
TANZ-CABARET**
Kirchgasse 15
Telephon 485



SONNABEND
den 15. Oktober
abends 8 Uhr.

Nach Berlin

v. Saarbrücken nach Wies-
baden, v. Karlsruhe nach
Wiesbaden, Umzugs-Ge-
legenheit i. Möbelwagen.
Speditur Adolf Rönke,
29 Scharnhorststraße 29.
Telephon 2656.

Rohlaffee

Pfd. Mk. 23.— u. höher

Gebr. Raffee

Pfd. Mk. 24.— u. höher

Bensdorf-Cacao

Pfund Mk. 13.—

Pfd. Mk. 27.—

Lee und höher.

Malzlaffee

Pfund Mk. 4.50.

Hershey-Schokol.

1/2 Pfd. engl. Mk. 9.50.

Kirsch-Marmelade

1 Pfd. netto Mk. 4.75.

Garant. rein. deutscher

Bienenhonig

Pfund Mk. 13.50.

la Weizenmehl

Pfund Mk. 4.—

la Mattaroni

Anorr

Pfund Mk. 7.75.

la Gemüsenudeln

Pfund Mk. 7.50.

la Leberwurst

la Blutwurst

2 Pfund-Dose Mk. 6.50.

Ferd. Mexi

Michelsberg 9. Tel. 652.

Bin täglich zu sprechen

Fran. Wabl.

Blücherstraße 28. U. z.

Ich habe mich als

Rechtsanwalt

am Amts- und Landgericht in Wiesbaden
niedergelassen und übe meine Praxis gemein-
sam mit meinem Vater, Herrn Geh. Justiz-
rat Dr. Alberti, aus. Unser Büro befindet
sich Adelheidstraße 28. — Fernruf 676.

Dr. Arnold Alberti

Rechtsanwalt. F264

**Franz Ihle
Möbelschreinerei**

mit elektr. Betrieb

Mühlgasse 9 (b. Schloßplatz) Telephon
768

empfiehlt gutbürgerliche

Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer

In bester Ausführung zu vorteilhaften Preisen.
— Besichtigung meines Lagers erbeten. —

**1 große Gelegenb. bietet die
Kleider- u. Wäsche-Zentrale**
in Herren- u. Jünglings-Alter
u. Ueberzieher
im Preise von 150 bis 550 Mk.
Herren-Anzüge zu 350 Mk.
Jünglings-Anzüge zu 290 Mk.
Herren- u. Jünglings-Hosen
in großer Auswahl.
Feldgr. Hosen, gute Qual., 100 Mk.
Einfaß- u. Normalhemden, Unter-
hosen, Wäsche, Socken, Strick-
binder, Stragenshoner etc.
Nur gute Qual. zu den bill. Preisen.
Erstes u. gr. Spez.-Etagengesch. a. Flage.
H. Ellinger, Hellenstr. 30, 2,
Ede Wehrstr.

Klubsessel

in bestem Rindleder,
Cord und Gobelin.
Lieferung direkt ab
Spezialfabrik feiner Sitzmöbel
Berg & Co., Bismarckring 19

Selbstgefert. pr. Lederwaren

Damentaschen, Geldtaschen, Altknappen,
Brief- und Zigarettenaschen empfiehlt
Georg Mayer, Riehlstr. 9, Part.

Schuh-Reparatur
Herren-Sohlen 35.—
Damen-Sohlen 25.—
(la Kernleder).
Elegante Maßenfertigung.
Vorschuh, Umändern.
Erstklassige Ausführung.
Sofortige Bedienung.
**Neugasse 3.
Reinmann.**

Continental-Gummi-
Absätze und -Sohlen.

**GOLDSCHMIDT'S
METZGEREI U.
WURST-FABRIK**
Faulbrunnenstr. 5 Tel. 6625
fabriziert
seit 30 Jahren
als
„Spezialität“
Rindsmurstchen
warm zu jeder Tageszeit!

**Achtung!
Täglich**

la Fohlenfleisch sowie gut genährtes Pferdefleisch
ohne Preisunterschied! Gleichzeitig mache auf meine
erh. Würstchen aufmerksam: Prima Mettwurst zum
Schmieren, Hausmacher Leberwurst, einfache Leberwurst,
Hausmacher Prekstopf, prima Fleischwurst u. Würstchen,
Hamburger Nussfleisch, prima Schinkenwurst.

Hugo Reßler, Hellmündstraße 22.

NB. Stets Anlauf von fetten Schlachtpferden.

Hamburger Fischhaus

Oranienstr. 14. Oranienstr. 14.

Heute frisch eingetroffen:

Schellfisch im Querschnitt Pfd. A 5.50

Salztau „ „ 5.50

Seelachs „ „ 5.—

Goldbarsch im ganzen „ „ 8.50

Handelsteil.**Nachkriegsgewinnsteuer.**

Der Stichtag für die in Aussicht genommene erneute Vermögensfeststellung, der 30. 6. 21. liegt bereits in der Vergangenheit. Auf diese Weise wurde wiederum der volkswirtschaftliche Grundsatz verletzt, daß man, um seine Geschäfte richtig führen zu können, die steuerliche Belastung im voraus kennen muß. Begründet wird diese nachträgliche Besteuerung damit, daß ebenso wie während des Krieges in verhältnismäßig kurzer Zeit hohe Gewinne erzielt worden seien, so auch in der Nachkriegszeit infolge fortgesetzter Preissteigerungen auf allen Gebieten, verbunden mit einer dauernden Entwertung der Mark, riesenhafte Gewinne entstanden seien. Von dem infolge dieser Verhältnisse in der Nachkriegszeit entstandenen Vermögenszuwachs der natürlichen Personen, der aber in Papiermark besteht, soll eine Nachkriegsgewinnsteuer erhoben werden. Die nach dem 30. 6. 19 erzielten Gewinne sind bisher, soweit sie vor dem 30. 6. 19 gemacht sind, nur von der Besitzsteuer, nicht aber von der Einkommensteuer erfaßt worden. Die seit dem 1. 1. 20 entstandenen Gewinne unterliegen zwar der Einkommensteuer, aber nur, soweit sie nicht aus einzelnen Veräußerungsgeschäften nicht spekulativer Natur herrühren. Diese Lücke will die Nachkriegsgewinnsteuer schließen. Von einer Festlegung des Begriffs „Nachkriegsgewinn“ hat man abgesehen, indem man einfach die Besteuerung auf den in der Nachkriegszeit entstandenen Vermögenszuwachs ausdehnt.

Dieser Zuwachs soll festgestellt werden durch eine Vergleichung des Anfangsvermögens vom 30. 6. 19 mit dem Endvermögen am 30. 6. 21. Von dem Anfangsvermögen ist u. a. abzuziehen die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, weil sonst diejenigen, die wegen großer Kriegsgewinne eine hohe Kriegsabgabe gezahlt, aber in der Nachkriegszeit die Kriegsabgabe ganz oder teilweise wieder verdient haben, steuerfrei bleiben würden. Andererseits sollen von dem Endvermögen eine Reihe von in der Nachkriegszeit den Abgabepflichtigen angefallenen Beiträgen abgezogen werden, teils weil sie bereits mit der Erbschafts- und Schenkungssteuer belegt sind, teils aus Billigkeitsgründen, wie z. B. gewisse Kapitalabfindungen und Auszahlungen von Versicherungssummen. Hierbei ist auffallend, daß ein Erwerb im Sinne der §§ 20 und 40 des Erbschaftsteuergesetzes nur dann vom Endvermögen abzuziehen ist, wenn auf ihn Erbschafts- oder Schenkungssteuer entrichtet ist. Hiernach würde z. B. eine Ausstattung, die einem Abkömmling zur Einrichtung eines angemessenen Haushaltes gewährt wurde und die nach § 40 Abs. 3. Erbschaftsteuergesetz, schenkungssteuerfrei ist, als steuerpflichtiger Nachkriegsgewinn gelten.

Da es sich um eine Vergleichssteuer handelt, müssen Anfangs- und Endvermögen nach den gleichen Grundsätzen bewertet werden. Für die Bewertung sollen im allgemeinen die Vorschriften der Reichsabgabenordnung gelten, während ausnahmsweise Grundstücke auf Antrag des Abgabepflichtigen statt mit dem gemeinen Wert mit dem Betrag der Gestehungskosten eingesetzt werden können. Rentenversicherungen, die mit Rücksicht auf ein Arbeits- oder Dienstverhältnis abgeschlossen worden sind, und Ansprüche an Witwen-, Waisen- und Pensionskassen können nicht als Vermögen angesehen werden.

Von dem so festgestellten Vermögenszuwachs in der Nachkriegszeit soll eine von 5 bis 30 Proz. ansteigende Steuer erhoben werden. Nach den im Entwurf vorgesehenen Steuersätzen beträgt die Nachkriegsgewinnsteuer z. B. bei einem Vermögenszuwachs von: 110 000 M. 6 000 M. = 5,4 Proz., 300 000 M. 25 000 M. = 8,3 Proz., 500 000 M. 55 000 M. = 11 Proz., 1 000 000 M. 150 000 M. = 15 Proz.,

5 000 000 M. 1 300 000 M. = 26 Proz., 20 000 000 M. 5 800 000 M. = 29 Proz. Um eine möglichst baldige Erhebung herbeizuführen, kann der Reichsfinanzminister bestimmen, daß gleichzeitig mit der Steuererklärung der nach ihr zu zahlende Betrag ohne Steuerbescheid zu entrichten ist, natürlich vorbehaltlich der Nachprüfung durch das Finanzamt. Aus diesen Erwägungen heraus hat der Entwurf jeden Vermögenszuwachs in der Nachkriegszeit, der nicht mehr als 100 000 M. beträgt, von der Nachkriegsgewinnsteuer freigelassen, gleichgültig, wie hoch im übrigen das Vermögen ist. Ferner soll, wenn das Endvermögen insgesamt nicht mehr als 200 000 M. beträgt, eine Steuer vom Zuwachs nicht gefordert werden, gleichgültig, wie hoch der Zuwachs ist.

Der Markkurs im Ausland.

dz. Mainz, 12. Okt. Die immer bestimmter auftretenden Nachrichten über eine für Deutschland ungünstige Lösung der oberschlesischen Frage drückten heute empfindlich auf den Stand des Markkurses. Amsterdam meldete eine Abschwächung von 22 Punkten auf 2,27. Zürich eine solche von 22½ auf 4,30. Paris einen Rückgang von ½ auf 10½. Dementsprechend waren die Notierungen im Berliner Devisenverkehr durchweg erheblich gestiegen. Die Erhöhungen betrugen für Amsterdam ca. 400, Brüssel 67½, Italien 34, London 41½, New York 10, Paris 70, Schweiz 205, Spanien 125.

Banken und Geldmarkt.

* Markkurs und Ausfuhrpreise. Die Mahnung in den Rundschreiben des Reichsbankdirektoriums und des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung, bei der Festsetzung der Ausfuhrpreise auch den Abschluß- und Abwehrmaßnahmen des Auslandes Rechnung zu tragen, wird vom Reichsverband der deutschen Industrie nachdrücklich unterstützt und unterstrichen. Wegen der erneut eingetretenen Gefahr der Verschleudung der deutschen Ausfuhr ist es, so erklärt die Gesamtvertretung der deutschen Industrie, unbedingt notwendig, die Ausfuhrpreise, namentlich bei Marktfakturation, daraufhin zu prüfen, ob sie nicht infolge des neuerlichen Sturzes der Mark zu niedrig geworden sind. Das Ausland hat mehr und mehr gelernt, die aus den deutschen Valutaschwankungen entstehenden Störungen richtig zu erkennen; man wird auch in deutschen Industriekreisen die Notwendigkeit einer weitestgehenden, über die allernächsten geschäftlichen Ziele hinausreichenden Politik begreifen, die klug auf einen Teil möglicher, auf Grund einer durch die Valutaverhältnisse überhitzten Konjunktur erzielter Augenblickserfolge verzichtet, um sich gemäßigter, aber dauernder, durch Abwehrmaßnahmen des Auslandes nicht gestörte Absatzmöglichkeiten zu sichern.

wd. Der Börsenverkehr in der nächsten Woche. Der Vorstand der Berliner Börse hat beschlossen, in der nächsten Woche vier Effektenbörsen abzuhalten, aber nicht Vollbörsen, sondern Halbbörsen, so daß an zwei Tagen nur die variablen Papiere und an den anderen zwei Tagen nur reine Einheitswerte notiert werden sollen. In Großbankkreisen hat man allerdings dagegen Einspruch erhoben und wünscht lieber drei Vollbörsen abzuhalten.

Industrie und Handel.

wd. Das Ende der Dekla-Bioskop-Gesellschaft. Die Verschmelzung der Dekla-Bioskop-Gesellschaft mit der Ufa (Universum-Film-Ges.) ist von der Generalversammlung am Dienstag genehmigt worden. Auf der Tagesordnung stand außerdem noch die Genehmigung der Bilanz und die Entscheidung über den Verlust von mehr als der Hälfte des Aktienkapitals. Der Vorsitzende stellte fest, daß 26 000 Stimmen vertreten waren. Er stellte den

Fusionsantrag zur Diskussion. Aus Aktionärkreisen wurde beantragt, zunächst über die Bilanz zu beraten. Der Antrag wurde abgelehnt. Sodann wurde das bekannte Ufa-Angebot verlesen, wonach die Dekla-Ges. ohne Liquidation mit Firmenrecht an die Ufa übergeht. Für zwei Dekla-Aktien wird eine Ufa-Aktie mit halber Dividendenberechnung gewährt. Die Fusion wurde mit 22 723 Stimmen genehmigt. Hiergegen gab ein Aktionär Protest zu Protokoll. Die Verwaltung teilte sodann mit, daß die Hälfte des Aktienkapitals verloren sei. Ein Aktionär legte dagegen Protest ein und behauptete, die Bilanz sei unrichtig. Daraufhin wurde die Verabreichung über die Bilanzgenehmigung beschlossen. Die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat wurde ohne Widerspruch erteilt.

* 60 Proz. Dividende einer Papierfabrik. Die Ammendorfer Papierfabrik bei Halle verzeichnet in dem am 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahr 1920/21 einen Fabrikationsüberschuß von 5 511 689 M. und an Zinsen 289 180 M. (6310 M.). Nach Abzug von 205 931 M. (146 628 M.) für Versicherung und nach Abschreibungen in Höhe von 280 000 M. (253 000 M.) verbleibt einschließlich 507 488 M. (92 547 M.) Gewinnvortrag aus dem Vorjahre ein Reingewinn von 5 842 425 M. (3 297 483 M.), aus dem wieder 40 Proz. Dividende und 20 Proz. Sondervergütung verteilt, dem Dispositionskonto 500 000 M. (450 000 M.) überwiesen und 512 425 M. (507 488 M.) neu vorgetragen werden sollen. Die Erzeugung hat sich reichlich auf den letzten Jahreshöhe gehalten und konnte in den ersten neun Monaten leicht untergebracht werden. Alsdann setzte allgem. ein Absatzmindernde ein, die jedoch auf das Gesamtsergebnis keinen besonderen Einfluß ausübte. Nach schlußfolgerndes keinen besonderen Einfluß ausübte. Nach der Bilanz betragen Gläubiger 3 927 291 M. (2 281 274 M.), andererseits Schuldner 11 453 910 M. (8 247 397 M.). Bankguthaben 5 692 451 M. (740 142 M.). Vorräte 4 820 305 M. (1 170 045 M.).

Wetterberichte.**Meteorolog. Beobachtungen der Station Wiesbaden.**

12. Oktober 1921.	7 Uhr 37 morgens	2 Uhr 37 nachm.	9 Uhr 37 abends	Mittel
Luftdruck auf 0° Normalschwarz	106,5	106,9	106,8	107,2
rel. auf dem Meerespiegel	106,8	106,7	106,5	106,7
Thermometer (Celsius)	12,9	22,8	15,4	16,4
Dunstspannung (Millimeter)	10,2	12,4	12,2	11,6
Relat. Feuchtigkeit (Prozent)	97	90	93	93,3
Windrichtung	still	still	NO 1	—
Niederschlagshöhe (Millimeter)	—	—	—	—

Höchste Temperatur (Celsius): 23,9. Niedrigste Temperatur: 11,5.

Wasserstand des Rheins

am 12. Oktober 1921.

Niedrigste Pegel:	0,38 m gegen 0,38 m am gestrigen Vormittag
Mainz	0,041 : 0,35
Caub	0,82 : 0,83

Wettervoraussage für Freitag, 14. Oktober 1921

Von der Meteorolog.-Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M. Vorwiegend heiter, trocken, tagsüber warm, Südwestwind.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 6 Seiten.

Hauptgeschäftsführer: H. Sattig.

Verantwortlich für den politischen Teil: F. G. Sattig; für den Inhalt: H. Sattig; für den lokalen und provinziellen Teil, sowie Gerichtsamt und Handel: H. Sattig; für die Anzeigen und Zeitungen: H. Sattig, sämtlich in Wiesbaden.

Druck u. Verlag der S. Schellenberg'schen Buchdruckerei in Wiesbaden.

Erscheinungszeit der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

Ausnahmestage

Unsere Preise sind trotz Teuerung immer noch staunend billig, sodaß jeder sich erlauben kann, photographieren zu lassen. Außerdem geben wir, um unsere Leistungsfähigkeit zu beweisen,

vom 14. Oktober bis 5. November

als Beigabe

jedem, der sich bei uns 6 oder 12 Bilder (außer Paßaufn.) bestellt,

eine Vergrößerung

seiner eigenen Aufnahme, 30x36 cm, inkl. Karton.

Erste Arbeitskräfte.
Erste Materialien.
Garantie für Haltbarkeit unserer Bilder.

Kirchgasse 44

Parterre, gegenüber M. Schneider

SAMSON & Co.

G.m.b.H.

Photo-Atelier u. Vergrößerungs-Anstalt

mit billigen Preisen.

Sonntags nur von 9—2 Uhr geöffnet.

12 Postkarten von 20 Mk. an.
Sonstige Formate staunend billig.
Pässe sof. lieferbar.

Kein Laden!**I. Etage!**

Durch günstigen Einkauf verkaufe
hochelegante, solide, blaue u. farbige

Herren-Stoffe

für Anzüge, Kostüme, Hosen u. Paletots
zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Praktische Reste für Burschen-Anzüge, Kostüm-
röcke u. Hosen konkurrenzlos billig.

Sichel

Michelsberg 16, Ecke Hochstättenstr. 17.
Tel. 6487! I. Etage!

**SCHUH-Reparaturen**

Bei Verarbeitung von Ia Qualität
Kernleder kosten Damenohlen 26,
Herrenohlen 32 Mk. Alle Reparaturen
u. Neuarbeiten gut u. billig.
Erste Wiesb. Schuhklinik
Röderstr. 47, a. d. Taunusstr.

Taschensofas

in guter Polsterung
empf. sehr preisw.
Gebrüder Leichter,
Oranienstr. 6, 1026

Auskunft-Detektive**Kosmos**

Luisenstraße 22
Ecke Bahnhofstraße
Telephon 4180.

Auskünfte

über Vorleben, Einkommen, Vermög., etc.

Ermittlungen

Beobachtungen an allen Plätzen der Welt. — Nachweisbar

la Erfolge in der Aufklärung v. Diebstählen.

On parle français.

English spoken.

SPARE GELD
durch Einkauf bei
J. WÖRZ
Küchengeräte-Haus
MAINZ **WIESBADEN**
Flachmarktplatz 20 **Marktplatz 3**
Telefon 1837 **Telefon 739**

Reklame-Angebot**über 1a fehlerfreie Emaillewaren:**

16 18 20 22 24 26 28 cm

Kochtöpfe 8,80 10,50 14,50 16,50 19,50 23.— 29.—

Schüsseln 4,80 4,80 5,30 5,75 6,50 7,60 9.—

Wasserkessel 27.— 30.— 35.— 40.— 45.— 50.—

Wassereimer, 28 cm, 18,50

Milchträger 21.— 17.— 13,50 11,50

Nachtöpfe 11,80, ovale Waschbecken 15.—

Essenträger 9.— Salatseiber 18,50

Tollenteneimer, Kochkistentöpfe, Kasserollen,

Wasserkannen, Milchtopfe usw. sehr billig,

Zinkelmer, Wannen u. Waschtöpfe

bestes Annweiler Fabrikat, empfiehlt

Julius Mollath, Schulberg 2

Fahrräder Gummi, Lampen u. all. Zubehö

billig. Bind, Herrngartenstr. 6

Esset Seefische
Nahrhaft! Gesund! Billig!

Heute in strammer Eispackung frisch eingetroffen:

Bratschellfisch Pfd. Mk. 2.50, Merlans (Seeweißling) Pfd. Mk. 3.—

Goldbarsch, la Koch- und Bratfisch ohne Kopf Pfd. 3.50

ff. Seelachs 1/2 Fisch ohne Kopf Pfd. Mk. 4.—, Ausschnitt Pfd. Mk. 5.—

la große Schellfische 1/2 Fisch ohne Kopf Pfd. Mk. 4.80, Ausschn. Mk. 5.50

la fetten Cabliau 1/2 Fisch ohne Kopf Pfd. Mk. 5.—, Ausschnitt Mk. 6.—

ff. Seehecht ohne Gräten. la hellen Silberlachs, Heilbutt.

Feinste Angelschellfische in allen Größen. la Nordsee-Cabliau.

Steinbutt, Seezungen, Schollen, Limandes, Rotzungen usw.

nur beste Qualitäten zu billigsten Preisen.

Lebende Spiegelkarpfen und Schleien,

lebendfrische Blaufelchen, Hechte, Zander usw.

Geräucherte Fische. Marinierte Fische.

Fischkonserven.

Größte Auswahl! Billigste Preise in

Hauptgeschäft:

Grabenstraße 16.

Telephon 778.

Trickels Fischhändler

Zweiggeschäfte:

Bleichstr. 26, Kirchh. 7

Wörthstr. 24, Dotzh. Str. 58

Zlotenring 5, Röderstr. 3